

Protokollauszug öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 08.12.2020

Zu Ö 9 Sachstand Digitalisierung an den Schulen geändert beschlossen FB 45/0010/WP18

Frau Opitz teilt mit, dass sie zu diesem TOP nicht an der Beratung teilnehmen werde, zu diesem TOP werde sie von Frau Dr. Giesen vertreten.

Frau Griepentrog teilt mit, dass es im Vorfeld zur heutigen Sitzung zu diesem TOP mit ihr und der Verwaltung eine Pressekonferenz gegeben habe. Die Politik und die Verwaltung seien im letzten ¼-Jahr im Corona-Chaos einen großen Schritt nach vorne gegangen und hätten vorsorglich und mutig Entscheidungen getroffen. Daher gäbe es in der Stadt jetzt schon Geräte. Auch wenn es immer mehr sein könnte, sei dies trotzdem ein sehr guter Anfang. Die Geräte lägen nicht im Schrank, sondern würden auch genutzt. Sie dankt der Verwaltung, die hier über den Sommer hinweg sehr gut gearbeitet habe.

Frau Schwier teilt mit, dass sie froh und stolz sei, dass die Verwaltung hier zügig unterwegs gewesen sei. Die 3.630 iPads hätten bis auf wenige Ausnahmen ausgegeben werden können. Die in den Sommerferien abgefragten Bedarfe hätten den zur Verfügung stehenden Finanzrahmen überstiegen. Es sei gelungen, eine komplexe, aber für die Schulen nachvollziehbare und transparente Verteilungsmatrix zu entwickeln. Sie dankt dafür den Kollegen des Schulbetriebs, insbesondere Herrn Fagot.

Die Bedarfe an Lehrerendgeräten würden ebenfalls den Finanzierungsrahmen übersteigen. Es würden nun 1.800 Lehrerendgeräte bestellt. Hier habe die Verhandlung mit Bund, Land, Städtetag darüber, wer die Supportkosten trägt, angedauert. Mittlerweile sei entschieden, und das sei ein Novum, dass die Supportkosten bei den Kommunen liegen würden. Die entsprechenden Haushaltsmittel seien nun eingestellt worden. Auch wenn einige Lehrer*innen Laptops bevorzugt hätten, sei von Seiten der Verwaltung, nach Beratung mit dem Medienzentrum, bewusst die Entscheidung für iPads gefallen. Während die Laptops vorrangig für administrative Zwecke benötigt würden, seien iPads kompatibel mit den Schülergeräten und damit besser für den Distanzunterricht geeignet.

Rund die Hälfte aller Schulen sei mit WLAN ausgestattet, die Ausstattung der übrigen Hälfte sei in Planung. Bis zum Ende des Jahres würden alle Schulen bis auf eine über einen Glasfaseranschluss verfügen.

Die Präsentationstechnik werde, auf Basis der von der jeweiligen Schule entwickelten Medienpläne, ebenfalls sukzessive angeschafft.

Die regio IT habe mittlerweile 2 Mitarbeiter*innen eingestellt, die den Grundschulen als „IT-Hausmeister*innen“ für den First-Level-Support zur Verfügung stehen würden. Sie gehe allerdings davon aus, dass nicht alle 36 Grundschulen auf deren Hilfe angewiesen seien.

Frau Keller bedankt sich für die Ausführungen und die Arbeit der Verwaltung. Sie fragt, ob die Cloud-Lösung zukünftig kostenpflichtig werde.

Herr Brötz antwortet, dass die Cloud-Lösung als solche kostenlos bleibe. Dies sei Teil der Leistungsbeschreibung von Stadt und regio IT. Die Cloud sei die Plattform, auf der Lehrer*innen und SuS kommunizieren könnten. Innerhalb dieser Cloud gäbe es ein Videokonferenz-Tool, das „Youtalk“ und dieses Tool solle kostenpflichtig werden. Die Verwaltung sei bemüht eine andere Lösung zu finden. Aktuell werde seitens der Verwaltung geprüft, ob über das Euregionale Medienzentrum im Rahmen der digitalen Lehrmittelplattform EDMOND NRW ein datenschutz-/ rechtssicheres Konferenzsystem den Schulen zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Achilles dankt den Ausführungen und der Arbeit der Verwaltung. Er fragt nach der Zusammenarbeit mit dem Euregionalen Medienzentrum und ob die Ausstattung der Schulen immer in Abstimmungen mit dem Medienkonzepten der Schule erfolgt sei.

Fr. Schwier antwortet, dass die Anschaffung der Präsentationstechnik in Abstimmung mit den Medienkonzepten der Schulen erfolge. Bei den Schülerendgeräten sei dies nicht so gewesen. Diese seien entsprechend der Förderrichtlinien des Sofortausstattungsprogramms angeschafft worden.

Herr Rohé fragt, ob die iPads nur im WLAN funktionieren oder über eigene SIM-Karte verfügen würden.

Herr Fagot antwortet, dass die Geräte nicht mit einer SIM-Karte ausgestattet seien und somit zunächst nur im WLAN funktionieren würden. Es gäbe aber die Möglichkeit, zusätzliche Boxen anzuschaffen, so dass die Geräte mit SIM-Karten aufgestockt werden könnten.

Herr Rohé merkt an, dass die Geräte hauptsächlich für SuS seien, die zu Hause keine günstige Lernsituation hätten und er wisse nicht, ob in diesen Haushalten ein ausreichendes WLAN vorhanden sei.

Frau Schwier erwidert, dass dies bei manchen Haushalten bestimmt der Fall sei. Im Moment wären die Schulen aber geöffnet und es gäbe hybriden Unterricht. Sie überlasse es der Verantwortung der Schulen zu entscheiden, welche SuS möglichst oft vor Ort sein sollen. Dies seien innere Schulangelegenheiten.

Herr Auler dankt den Ausführungen und der Arbeit der Verwaltung. Er berichtet von der Möglichkeit, bedürftigen Kinder für 10€/ Monat ein Datenvolumen zur Verfügung zu stellen und fragt, ob dies eine Option sein könne.

Darüber hinaus bittet er darum, zu beachten, dass die Glasfaser nicht nur bis an die Schulen verlegt, sondern der entsprechende Anschluss auch aktiviert werde.

Herr Brötz erläutert, dass es eine Ankündigung für ein Bundesprogramm gebe. Dieses sähe vor, dass Kinder, die über ein gefördertes Gerät verfügen, ebenfalls ein Datenvolumen für 10 € pro Monat erhalten könnten. Die Verhandlungen mit den Telekommunikationsanbietern fänden auf Bundesebene derzeit noch statt. Er gehe davon aus, dass im kommenden Jahr Näheres dazu bekannt werde.

Frau Griepentrop verweist in dem Zusammenhang auf die Möglichkeit zur Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaktes.

Frau Heider dankt den Ausführungen und der Arbeit der Verwaltung. Sie fragt,

1. ob es möglich wäre, den Einsatz der IT-Hausmeister*innen nach einem Jahr auszuwerten
2. ob es sinnvoll sein könnte, ein gemeinsames Gespräch mit den schulpolitischen Sprecher*innen, dem Schulträger und den Schulen zu organisieren um die Bedarfe der Schule zu kommunizieren
3. Wie der Sachstand zu Fortbildungen für Lehrer*innen sei und ob das Medienzentrum oder die VHS ein Partner sein könnte.

Frau Schwier antwortet,

1. dass die IT-Hausmeister*innen ein Pilot-Projekt seien und die Erfahrungen nach einem Jahr ausgewertet würden.
2. dass sie ein gemeinsames Gespräch nicht für notwendig erachte, da die Verwaltung bereits mit den Schulen, Schulleitungen, Schulformsprecherinnen und -sprechern und der Schulaufsicht in gutem Kontakt stehe
3. Fortbildungen würden angeboten, das Medienzentrum würde beraten. Für Lehrerfortbildungen sei aber das Land zuständig.

Herr Winkler lobt den Elan der Verwaltung und der Schulen für dieses organisatorische und finanzielle Mammutprojekt. Er bittet darum, diesen Weg weiter fortzuführen auch wenn die Corona-Pandemie wieder abflache.

Frau Schwier versichert dies. Corona sei zwar ein Treiber gewesen, der gesamte Transformationsprozess wird aber ein weiterer, langer und dynamischer Prozess werden.

Herr Rohé stellt fest, dass die Stadt ihre Aufgabe gut gelöst habe. Dies könne vom Land nicht behauptet werden. Das Land sei mit LOGINEO, der digitalen Lernplattform für die Schulen, nicht erfolgreich. Das sei erschütternd.

Herr Fischer, teilt mit, dass auch seine Fraktion der Verwaltung danke. Das Sofortausstattungsprogramm sei gut umgesetzt worden. Insgesamt seien die Schulen immer besser ausgestattet. Er regt an, dass in einem Jahr aus jeder Schulform ein*e Sprecher*in für ein Feedback aus der Schulpraxis eingeladen werde.

Frau Dr. Giesen teilt mit, dass sie den Wunsch der Eltern nach Praxisanleitung sehe. Die Geräte seien nur für einen kleinen Teil. Insgesamt würden aber auch ganz viele private Geräte für den Unterricht genutzt. Sie fragt, ob es diesbezüglich einen Fahrplan von der Verwaltung oder der regio IT gebe und ob es für die Eltern auch einen Support gebe, an den sie sich wenden könnten, wenn es Schwierigkeiten gebe.

Frau Schwier antwortet, dass sie dies nachvollziehen könne, es hierzu aber keinen Fahrplan gebe. Es werde Schritt für Schritt vorangegangen. Aus ihrer Sicht sei es hier wichtig, dass Lehrer*innen und Eltern in guter Kommunikation zueinander stehen würden. Lehrer*innen würden Geräte genauso wie Lernmaterialien unterschiedlich nutzen. Reine Schulungen zu Hardware würde es natürlich geben, z.B. bei der VHS. Die Didaktik und Pädagogik liege aber in der Zuständigkeit der Schule.

Frau Keller betont, dass sie die IT-Hausmeister*innen sehnlich erwartet hätte. Gymnasien hätten die Fachexpertise eher, beispielsweise als Lehrkräfte im Rahmen von Informatikunterricht. Die Bedarfe würden hier je nach Schulform sehr unterschiedlich sein.

Frau Dr. Giesen fragt nach, ob bei der Dienstleistung der IT-Hausmeisterstellen der regio IT auch ein Anteil für die Elternsupport enthalten sei.

Frau Grieptrög stellt fest, dass solche Diskussionen unendlich fortgeführt werden könnten, da viele Bereiche berührt seien. Es sei jetzt erstmal eine Grundlage geschaffen worden, da für die Hardware gesorgt sei. Man sei natürlich erst am Ende wenn jeder und jede ein Gerät zur Verfügung habe. Sie hoffe darauf, dass sich Eltern, Schulen und Lehrer*innen auch untereinander schulen und beraten. Grundsätzlich bestehe nicht der Anspruch, auch die Eltern zu schulen. Dies gehe über den Auftrag des Schulträgers hinaus. Vorrangig sollten die SuS fit gemacht werden. Natürlich müssen die Erfahrungen mit den Geräten, WLAN etc. evaluiert werden. Sie schlägt vor, den Beschluss entsprechend zu erweitern.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand der Digitalisierung an den städt. Aachener Schulen zustimmend zur Kenntnis **und bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht vor den Sommerferien.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig beschlossen